



DIE LINKE.

B R A N D E N B U R G

Landeskoordinierungsrat der
Kommunistischen Plattform

33. Informationsblatt der KPF Brandenburg

Januar 2019

Aus dem Inhalt:

Prof. Dr. Edeltraud Felfe „Linke Regierungsbeteiligung – Für und Wider“

Bodo Hinkel **Brief an die Minister der Partei DIE LINKE.
Brandenburg zur Polizeigesetznovelle**

Sprecher: Bodo Hinkel, Herbert Meißner, Helmut Pannhausen

Am 24. November 2018 fand in Potsdam die Landeskonferenz der KPF Brandenburg unter dem Titel „Linke Regierungsbeteiligung – Für und Wider“ statt. Die Debatte zum Thema wurde mit einem beachtenswerten Referat von Genossin Prof. Dr. Edeltraud Felfe eröffnet, in dem Genossin Felfe europäische und nationale Erfahrungen zu linker Regierungsbeteiligung auswertete. Genossin Felfe ist Mitglied des Ältestenrates der LINKEN. (Mit)autorin bzw. Herausgeberin von Publikationen u.a. zum Staatsrecht und den politischen Systemen in Nordeuropa, zur Wohlfahrtsstaatstheorie und natürlich zu unserem heutigen Thema.

Die Debatte um Regierungsbeteiligungen zählt zu den ältesten in der linken Bewegung. Sie wird geführt, seit linke Parteien an Parlamentswahlen teilnehmen. Im Mittelpunkt stand und steht dabei die Frage, ob man durch Reformen zu gesellschaftlichen Veränderungen kommen könne, teilweise auch nur, ob es sinnvoll sei, für kleine Verbesserungen oder sogar das Abschwächen von Verschlechterungen in die Regierung zu gehen.

Die Linke diskutiert über diese Frage seit ihrer Gründung 2007. Notwendig sind klare rote Haltelinien, die besagen, dass sich die Partei an keiner Regierung beteiligt, die privatisiert, Stellen- oder Sozialabbau betreibt oder an Kriegseinsätzen beteiligt. In den vergangenen Jahren wurden diese Haltelinien immer wieder in Frage gestellt, weil dadurch die „Regierungsfähigkeit eingeschränkt sei“ oder für Verbesserungen auch Kompromisse geschlossen werden müssen. In einigen Teilen der Linken selbst wächst allerdings die Kritik an Regierungsbeteiligungen, eine Folge der mangelnden Erfolge, die diese bisher mit sich gebracht haben.

Kaum ein anderes Thema wird von den Linken in Lateinamerika, in Asien, in Europa und hier vor allem in Frankreich, Italien, Tschechien, Schweden, Norwegen und auch in Deutschland so heftig und kontrovers diskutiert wie die Frage nach dem „ob“ und dem „wie“ Linker in Regierungsverantwortung. Ist unter neoliberalen Bedingungen überhaupt linke Politik auf landes-, regionaler oder nationaler Ebene gestalt- und durchsetzbar? Kann sie zur Herausbildung von Voraussetzungen für einen Politikwechsel beitragen, kann sie ihn gar herbeiführen oder behindert sie diesen? Worin besteht die Funktion und worin die Attraktivität eines linken Projektes, auch in Regierungsverantwortung? Wie kann sich die Linke in rot-roten Koalitionen dem Druck parlamentarischer Anpassung entziehen? Wann ist linke Politik in Regierungsverantwortung erfolgreich? Was sind hierfür ihre Maßstäbe? Gibt es gestaltbare Räume und was sind Voraussetzungen für Gestaltung und was heißt es, Prozesse zu gestalten?

Wegen der hohen Aktualität des Themas geben wir Euch hier die Hauptgedanken aus dem Referat von Genossin Felfe wieder.

„Die Probleme in Brandenburg wollen wir in Zusammenhänge mit Erfahrungen, gesicherten Verallgemeinerungen, also Theoretischem zur Thematik stellen, weil sich im Einzelnen immer auch das Allgemeine, Wesentliche, die Tendenz, eine Entwicklungsrichtung des Ganzen zeigt. Debatten, Streit in linken Parteien gibt es seit dem ersten Sozialisten in einer bürgerlichen Regierung, das war 1899 der Franzose Millerand. Bei dem Thema heute geht es tatsächlich um Grundfragen der Politik und Strategie einer Partei, die die kapitalistische Gesellschaftsordnung ablehnt, überwinden will, die also antikapitalistisch ist. Gemäß unserem Programm halten wir daran fest und diskutieren das Thema unter heutigen Verhältnissen, da keine revolutionäre Situation ist. Es geht also um eine marxistische Sicht, anders als z.B. sozialdemokratische Positionen, die den Kapitalismus humanisieren wollen oder reformistische, die (auch) durch Regierungsbeteiligung (RB) im Kapitalismus zu einer sozialistischen Gesellschaft werden wollen. Es geht im Folgenden nicht um die Position des Ältestenrates der Partei, aber er hat 2013 ein ähnliches Papier dazu veröffentlicht.

I.

Wichtigste, verallgemeinerungsfähige Erfahrungen zunächst für Regierungsbeteiligung in Staaten, die, wie Untersuchungen in Bundesländern zeigen, im Wesentlichen auch für sie bedeutsam oder zutreffend sind.

1.

Quintessenz aus bürgerlicher Parteienforschung zum 20.Jahrhundert: Die Zuerkennung von Regierungsfähigkeit bedeutet für antikapitalistische Parteien das Ende ihres Oppositionspotenzials und: Mit Regierungsbeteiligung ist die Integration dieser Parteien in die bürgerliche Gesell. **beendet!** (R. Michels, v. Beyme). Denken wir auch an die Sozialdemokratie vor und im 1. Weltkrieg. (Quellen lasse ich hier generell weg, sie sind in Publikationen nachzulesen)

2.

Neuere Analysen vor allem zu Europa sind in vielen Publikationen, u.a. von Thiess Gleis u.a. ein Sammelband: *Nach Goldschätzen graben und Regenwürmer finden* 2016 und Paul Glier: *Was bringt es, wenn Linke mitregieren?* 2017, enthalten.

Glier: Alle 19 Parteien, die sich links von der Sozialdemokratie verorten, und seit Mitte der 30er Jahre in 11 west- und nordeuropäischen kap. Staaten an 31 Regierungen beteiligt waren/toleriert haben, hatten keinen Erfolg. Seit 1946 gingen im Durchschnitt 26 % ihrer Wähler verloren, in Frankreich, Italien und Schweden waren es über 50 %. Insgesamt: millionenfache Einbuße an Vertrauen, Niedergang, Spaltung und Schwäche auch in folgenden Oppositionszeiten, Resignation, kein Aufbruch in Arbeiterbewegung, regelmäßig Abbau innerparteilicher Demokratie, Stärkung der Rechtskräfte

3.

Hauptursachen für Misserfolge der Regierungsbeteiligung:

a.) die gesamtgesellschaftliche Herrschaft des Kapitals, ökonomische Macht ist in politische, soziale, ideologische, kulturelle Führung, Unterdrückung, Herrschaft umgesetzt. Siehe auch Massenmedien! Im Neoliberalismus ist die Herrschaft des Großigentums nahezu unbeschränkt, entfesselt. Nach dem Ende des Realsozialismus ist das Klassenkräfteverhältnis für die Arbeiterbewegung ganz ungünstig.

b.) Das politische System mit den Staatsapparaten als Kern und die bürgerliche Demokratie als genialste Erfindung der Menschheitsgeschichte (bürgl. Wissenschaftler R. Dahrendorf) binden linke Parteien in Regierungsbeteiligung in den Herrschaftsmechanismus des Kapitals ein: **eherner Integrationsmechanismus**, Falle für systemoppositionelle Parteien. Finnland 1966, sozialdemokratisch/bürgerliche Ziele/Bedingungen für die Rbeteiligung der dortigen KP bei ca. 20% der Wählerstimmen:

- einzelne Kommunisten/Führungspersonen absorbieren
- Partei auf den parlamentarischen Weg festlegen
- nichts sozialisieren
- keine Zusammenarbeit von Sozialdemokraten und Kommunisten im Land, an der Basis zulassen

c.) Die Strategie des Klassegegners ist auch bei uns in der Linkspartei (LP) wirksam: *Egon Bahr* : PDS parlamentarisieren bis zur Regierungsbeteiligung! Sei mit H. Holter schon erreicht, (siehe auch Landesparteitag 2015 (!) vor der Landtagswahl in MVP: „Wir haben uns für den parlamentarischen Weg entschieden.“) SPD-Ministerpräsident R. Höppner in Sachsen-Anhalt bei Tolerierung durch die PDS, zu Wowereit vor der Regierungsbeteiligung in Berlin: PDS am Kabinettstisch sei besser als mit Bewegungen auf der Straße, das könnte unangenehmer werden. E. *Eppler 2001* im Spiegel: Holter u.a. hätten das Umdenken *innerhalb* der PDS schon befördert und machen nichts anderes als sozialdemokratische Politik, und eines Tages sei der Laden zu übernehmen, Übrigens: A. Brie und G. Gysi meinten auch, die Regierungsbeteiligung in Bundesländern sollte die Partei selbst verändern und Regierungsbeteiligung im Bund vorbereiten, hin zu reformerischen Grundpositionen. Insgesamt wurde eine Regierungsbeteiligung für große Teile der Partei im Osten, wohl vor allem für Führungskräfte, zum Dogma, nicht zu einer Ausnahme sondern zur reformerischen Grundstrategie. Zu bedenken ist bei allem, dass die Integrationsmechanismen ja auch schon unterhalb der Koalition auf Landesebene, nämlich in Kommunen, greifen und wie das bewusst zu machen und gegenzusteuern wäre.

Noch etwas zur Strategie des politischen Konkurrenten der Landespartei:

Die sozialdemokratischen Angebote zum Mitregieren dienten immer dem eigenen Machterhalt: Mit dem Niedergang der Sozialdemokratie seit den 1990er Jahren in Europa: waren/sind 25 Mal LP in Regierungen (Glier).

Tatsachen bestätigen Rosa Luxemburgs grundsätzliches *Nein* zur Regierungsbeteiligung systemopponenteller Parteien: Nur auf den Trümmern der alten Gesellschaft sollten sie regieren. Ausnahme: Landesverteidigung. Anders sei es mit der Vertretung im Parlament. Und Engels 1866: Erst, wenn wir unser Programm verwirklichen können, sollten wir regieren.

Bestätigung auch der marxistisch-leninistischen Theorie des historischen Materialismus. Ein Primat der Politik über die Ökonomie ist auch durch Regierungsbeteiligung nicht möglich. Wir müssen die Eigentums- und Machtfrage wieder bewusst machen und in vielfältigster Weise in die politische Praxis holen.

Übrigens ist auch vom gegenwärtigen Dilemma der SPD in der GROKO zu lernen.

4.

Fazit gegenwärtig für die Linkspartei im Bund:

Solange keine Abkehr der Sozialdemokratie von Neoliberalismus und deutscher Kriegspolitik erfolgt, ist sie kein Partner für Regierungsbeteiligung, ist linker Politikwechsel nicht möglich, sondern Illusion oder/und Betrug, wenn der versprochen wird. Ebenso, wenn keine Aufbruchstimmung in der Arbeiterbewegung im weitesten Sinne, erzeugt werden kann, siehe Gewerkschaften. Ohne deutlichen Druck von unten, ohne Gegenmachtbewegung, wenn das Klassenkräfteverhältnis so bleibt wie gegenwärtig, ist ein Politikwechsel nicht möglich. Ganz abgesehen davon, dass die Landespartei ihre wichtigen Positionen im Friedenskampf bei der fortbestehenden NATO- und EU-Mitgliedschaft der BRD nicht beibehalten, also keine Linkspartei im bisherigen Sinne mehr sein könnte.

Als denkbare Ausnahmen für Regierungsbeteiligung seien hier genannt: Wenn dadurch Krieg oder Faschismus verhindert werden könnten oder tatsächlich ein revolutionärer Aufbruch wie 1923 in Sachsen und Thüringen möglich wären. Etwa in diesem Sinne haben sich auch Patrik Köbele und auch Bernd Riexinger 2017 auf der Rosa-Luxemburg-Konferenz der Jungen Welt geäußert: Regierungsbeteiligung für historische Ausnahmesituationen.

II.

Was ist mit Regierungsbeteiligungen in Bundesländern?

1. Wichtige Kriterien für eine Einschätzung von Erfolg oder Misserfolg:

- Verbesserung der Lebenslage von Mehrheiten der Erwerbsabhängigen, prekär Beschäftigten, der Rentner, Studenten, von Mittelständlern in für sie wichtigen sozialen Feldern, also Arbeit, Arbeitsbedingungen, Einkommen, Mieten, Kindereinrichtungen, Bildung für ihre Kinder, soziale Sicherheit
- Beitrag zu wichtigen Politikfeldern der Gesamtpartei: Frieden, Abrüstung, Antifaschismus, Ökologie, Wirksamkeit im Bundesrat
- Förderung der gesellschaftlichen außerparlamentarischen Opposition, Bewegungen, Straße, Gegenöffentlichkeit, Elemente von Gegenmacht entwickeln, weg von einer Partei wie alle anderen als Verwalter der gegenwärtigen Gesellschaft
- Kann Regierungsbeteiligung dazu beitragen, antikapitalistische Zielstellungen oder/und Projekte zur Einschränkung der Macht der Herrschenden vorzubereiten, künftige Kampfbedingungen zu verbessern, eine Klammer von heutiger linker Politik zu antikapitalistischen Zielstellungen zu sein, das Klassenkräfteverhältnis zu ändern? Es geht um Langzeitwirkung von Politik in dieser Richtung.

2. Ergebnisse bisher in Sachsen-Anhalt bei Tolerierung, MVP, Thüringen, Berlin und wohl auch Brandenburg bisher:

Nirgendwo war/ist ein Politikwechsel erreicht, die Eintrittskarte für Regierungsbeteiligung war überall die Unterordnung unter die neoliberale Haushaltssanierung, die Subventionierung des Privatkapitals, ohne auf der Grundlage öffentlichen Eigentums Machtpositionen und Interessen der Unterprivilegierten zu vertreten, Unterordnung des Gemeineigentums unter Marktgesetze usw.

Selbst Einschätzungen aus der Rosa-Luxemburg-Stiftung, D. Klein/M.Brie 2000 in „Reformalternativen“, stellen fest, dass die Einschränkung der Profitdominanz eine unerlässliche Bedingung für einen Politikwechsel sei, notwendig sei eine andere Wirtschafts- und Sozialpolitik. etc.

Im Wesentlichen wurden in einzelnen Untersuchungen zu Bundesländern dieselben Ursachen für Misserfolge wie bei Regierungsbeteiligung in Staaten festgestellt. Mehr noch: Unter den gegenwärtigen Bedingungen ist ein Politikwechsel gar nicht möglich. Wir sollten also gegen Illusionen oder Betrug angehen, auch keine Versprechen für „Richtungsänderung der Politik“, „An die Macht kommen“ etc. machen. Bei Wahlkämpfen sollten wir nicht wie andere Parteien auf dem Markt um Wählerstimmen buhlen, sondern zum Selbstermächtigen, zu gemeinsamem Widerstand, außerparlamentarischer Orga-

nisation und Aktion aufrufen. Massenhafte Initiativen, Aktionsgruppen, Sammlungsbewegungen gegen so viele undemokratische und unsoziale Entwicklungen sollten von der Landespartei unterstützt und in Parlamenten mitgetragen und ausgefochten und nicht, wie oft vorgekommen, von Führungen gestoppt oder allein gelassen werden. Unsere Aufgabe wäre es, bei allen Widerstandssignalen, bei aller Bewegung von unten auf die im System liegenden Ursachen aufmerksam zu machen, in dem Sinne Kräfte zu bündeln, Widerspruch und Widerstand gegen das System zu organisieren.

3. Etwas zu Problemen in Bundesländern:

Geht Regierungsbeteiligung auch von vorn herein auszuschließen, wenn die Partei bei Wahlen 20 % Stimmen und mehr bekommt? MVP 1998 – 24,4% bei fast 80% Wahlbeteiligung!

Das müsste unter Berücksichtigung u.a. dessen, was oben gesagt wurde, unter den jeweils konkreten Bedingungen geprüft werden.

Wenn Regierungsbeteiligung, dann

-im Wahlkampf ein oder zwei Projekte, die für Mehrheiten der Erwerbsabhängigen im Territorium tatsächlich bedeutsam sind, in den Mittelpunkt stellen, Massen dafür mobilisieren und so am Kräfteverhältnis rütteln.

- Wenn nicht möglich, wenn SPD /Grüne/andere nicht mitgehen, dann öffentlichkeitswirksam: keine Koalition eingehen und Forderungen an Interessierte und potenzielle Wähler richten, sich selbst zu rühren, auf die Straße zu gehen für diese Projekte: z.B. Miet- und Wohnproblem in Berlin oder: Armutsbekämpfung und daraus erwachsende Chancengerechtigkeit für Kinder, oder: Frieden/Abrüstung und Konversionskonzepte fürs Land, oder: Entwicklungskonzepte für verarmte Regionen, die auch anderen Landesteilen helfen, und immer: gegen weitere Privatisierungen in der Daseinsvorsorge und immer: öffentliches Eigentum und Staat/Steuern/Subventionen an linke Kriterien binden, öffentliche Kontrolle darüber

- Beim Eintritt in eine Koalition die Bedingungen und das Prozedere für ein Austreten als Konsens in der Partei vorher verbindlich festlegen, durch Parteitagsbeschluss, den dann durchsetzen, auch gegen persönliche Interessen Einzelner

- Bruch der KOA durch SPD bzw. andere Partner: dann öffentlichkeitswirksam Entschuldigung und Korrektur fordern, ansonsten : Verlassen der Koalition

-wenn nach einer ersten oder weiteren Regierungsbeteiligung ein Abwärtstrend, Nichterfüllung gegebener Versprechen an die Wähler deutlich werden, z.B. MV, dann verbietet sich ein weiteres Buhlen um RB, anderes wäre reformistischer Dogmatismus, der noch tiefer nach unten führt.

- prüfen, ob Minderheitsregierung von Fall zu Fall zu stützen wäre, evtl. Tolerierung, ist umstritten unter antikapitalistischen Kräften
- positiv: Hessen 2008: in Koalitionsverhandlungen der Linkspartei mit der SPD wurden von dieser rote Haltelinien der Landespartei akzeptiert – und die SPD hat später einen Rückzieher gemacht.

Fazit für Bundesländer:

Wenn bei einem hohen Wählervotum eine substantielle Linkspolitik/oder Projekte zur Verbesserung der Lebenslage von Mehrheiten, (unterhalb eines objektiv nicht möglichen Politikwechsels) mit/durch Mobilisierung von unten nicht durchgesetzt werden kann, dann sollte in der Regel keine Koalition eingegangen werden. Regelmäßig kommt auch bei halbwegs brauchbaren Koalitions-Vereinbarungen am Ende *durch die Macht des Faktischen*, Taktiken des Gegners etc. (s. oben) immer noch viel weniger Positives heraus als vereinbart worden ist. Dann sollte alle Kraft auf eine wirksame Opposition, verbunden mit Bewegungen, Initiativen usw. konzentriert werden. Da ist wohl auch noch Neues zu versuchen, wenn die Linkspartei nicht Regierungspartei im Wartestand sein will.“

Januar 2019

**Brief an die Minister der Partei DIE LINKE. Brandenburg zur
Polzeigesetznovelle**

Die Landeskonferenz der KPF Brandenburg der Partei DIE LINKE vom 24.11.2018 hat den Landeskoordinierungsrat einstimmig beauftragt, nachfolgenden Brief an die Ministerin und die Minister der Partei DIE LINKE in der Brandenburger Landesregierung zu übersenden.

Liebe Genossin Karawanskij,
lieber Genosse Görke,
lieber Genosse Ludwig

Der Landtag wird über den Gesetzentwurf zu einem neuen Polizeigesetz abstimmen, das die Überwachungs- und Eingriffsbefugnisse der Polizei massiv ausweitet. Unschuldsvermutung und Gewaltenteilung werden untergraben. Das neue Gesetz ist damit ein Angriff auf die Grundrechte aller Menschen.

Gerade im Hinblick auf eine mögliche rechtspopulistische Regierungsbeteiligung dürfen keine unverhältnismäßigen Instrumente eingeführt werden, bei denen man darauf angewiesen wäre, dass die Landesregierung es gut mit Demokratie und Meinungsfreiheit meint.

Deshalb lehnen wir die geplante Gesetzesnovelle entschieden ab.

Ihr habt in Eurer Eigenschaft als Ministerin und Minister dem Gesetzentwurf in erster Lesung zugestimmt. Inzwischen haben breite Kreise der Bevölkerung und der Partei DIE LINKE ein neues Polizeigesetz in aller Deutlichkeit abgelehnt. Zu den Unterstützern des Bündnisses gegen das Brandenburger Polizeigesetz gehören mehr als 60 Vereine und Verbände, darunter die Grünen, die Linksjugend solid, die Jungen Liberalen, die Humanistische Union, die Strafverteidiger-Vereinigung, die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, die Rote Hilfe, die Gewerkschaft ver.di, Fangruppierungen des Fußballvereins SV Babelsberg 03, die Willkommensinitiative zu Gast in Königs Wusterhausen und die Flüchtlingsorganisation »Women in Exile«.

Ihr bezieht Euch in Eurem Handeln oftmals darauf, dem Wählerauftrag zu folgen. Wir meinen, dass man die Ablehnung des neuen Polizeigesetz-Entwurfs durch breite Kreise der Brandenburger Bevölkerung ebenso als Wählerwillen verstehen sollte.

Wir fordern Euch daher auf, das neue Brandenburger Polizeigesetz nicht zu beschließen.

Da uns die beauftragenden Genossinnen und Genossen der Basis unserer Partei nach Eurer Reaktion auf den Brief befragt werden, wären wir Euch für eine Rückäußerung sehr dankbar.

Mit solidarischen Grüßen

Bodo Hinkel

Sprecher KPF Brandenburg

V.i.S.d.P.: Bodo Hinkel, kpf@dielinke-brandenburg.de